## Handelsblatt

Handelsblatt print: Nr. 150 vom 07.08.2019 Seite 006 / Wirtschaft & Politik

## **Teures Finale im Klimaschutz**

Bislang wollte Deutschland bis zu 95 Prozent der Treibhausgasemissionen reduzieren. Doch mit Merkels Festlegung auf "Klimaneutralität" erreichen die Bemühungen ein neues, noch schwer kalkulierbares Niveau.

Klaus Stratmann Berlin

Der Petersberger Klimadialog Mitte Mai bot Bundeskanzlerin Angela Merkel den passenden Rahmen, um das Ambitionsniveau Deutschlands im Klimaschutz zu erhöhen: Deutschland strebe nun Klimaneutralität an, kündigte die Kanzlerin vor Vertreterinnen und Vertretern aus 35 Staaten an. Es gehe nicht mehr darum, "ob wir das erreichen können, sondern, wie wir das erreichen können", sagte Merkel. Noch ein paar Tage zuvor, beim EU-Sondergipfel im rumänischen Sibiu, hatte sich Merkel nicht komplett festlegen wollen. Doch seit dem Petersberger Klimadialog ist die Lage klar: Deutschland will nicht hinterherhinken und schließt sich der Initiative von neun EU-Staaten an, die sich bereits zur Klimaneutralität bekannt haben.

Merkels neuer Ehrgeiz stellt eine Zäsur dar - mit bisher nicht bekannten Auswirkungen. Denn bislang verfolgte Deutschland das Ziel, seine Treibhausgasemissionen bis 2050 im Vergleich zu 1990 "um 80 bis 95 Prozent" zu reduzieren. Dieser Wert steht im Einklang mit dem Pariser Klimaschutzabkommen des Jahres 2015. Wenn man den oberen Wert dieser Spanne zum Maßstab macht, gilt das bereits als herausfordernd. Wer sich darüber hinaus festlegt, begibt sich auf unsicheres Terrain.

"Zwischen einer Emissionsreduktion von 95 Prozent und Klimaneutralität klaffen Welten", sagte Oliver Geden, Klimaexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), dem Handelsblatt. "Es müssen Technologien eingesetzt werden, von denen wir bislang nur eine vage Vorstellung haben und von denen daher auch niemand sagen kann, was ihr Einsatz kosten wird." Es gebe bislang keine Berechnungen darüber, was die letzten fünf Prozentpunkte kosten würden, weder für Deutschland noch für andere Länder oder Wirtschaftsräume. Man könne allerdings davon ausgehen, dass die letzten fünf Prozentpunkte "die mit Abstand anstrengendsten" werden dürften, sagte Geden.

Die Bundesregierung steht unter erheblichem Druck. Der anhaltende Erfolg der Grünen und der große Zulauf, den die "Fridays for Future"-Bewegung erhält, zwingen die Koalition zum Handeln. Bereits im September soll das Klimakabinett unter Leitung von Kanzlerin Merkel Beschlüsse fassen, die den Klimaschutz entscheidend voranbringen. Es gibt viel aufzuholen. Das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren, wird Deutschland krachend verfehlen. Umso wichtiger ist es aus Sicht der Bundesregierung, für die kommenden Jahre Ehrgeiz zu demonstrieren.

Lässt sich Deutschland mit der Festlegung auf die Klimaneutralität auf ein unkalkulierbares Abenteuer ein? Die Boston Consulting Group (BCG) und Prognos waren in ihrer Anfang vergangenen Jahres präsentierten Studie "Klimapfade für Deutschland" zu einem eindeutigen Ergebnis gekommen: Während sich eine Emissionsreduktion um 80 Prozent relativ problemlos bewerkstelligen lässt, stößt man bereits bei 95 Prozent an Grenzen. "95 Prozent Treibhausgasreduktion wären an der Grenze absehbarer technischer Machbarkeit und heutiger gesellschaftlicher Akzeptanz", heißt es in der Studie, die BCG und Prognos für den BDI angefertigt hatten. Die Mehrinvestitionen zur Erreichung einer Emissionsreduktion in der Spanne von 80 bis 95 Prozent bis 2050 lägen zwischen 1,5 und 2,3 Billionen Euro, hatten BCG und Prognos damals errechnet. Allerdings funktioniert das Ganze nur unter einer Bedingung: Es müssten "die richtigen Entscheidungen zum richtigen Zeitpunkt" erfolgen, schreiben die Autoren der Studie. "Fehlsteuerungen in der Umsetzung - wie zum Beispiel in der Energiewende durch Überförderungen und die Verzögerung des Netzausbaus beobachtbar - können die Kosten und Risiken erheblich steigen oder das Ziel sogar unerreichbar werden lassen."

/// 80 Prozent der Pkws müssten Elektroautos sein // .

BCG und Prognos hatten in ihrer "Klimapfade"-Studie aufgezeigt, was getan werden muss, um den Wert von 95 Prozent zu erreichen. Hier ein Auszug: Vier Fünftel des Pkw-Bestandes müssen Elektroautos sein, 80 Prozent der Gebäude müssen hinsichtlich ihrer Energieeffizienz dem heutigen Neubaustandard entsprechen, die installierte Leistung von Windkraft- und Photovoltaikanlagen muss im Vergleich zu heute etwa verdreifacht werden, entlang von 8 000 Kilometern Autobahn müssen Strom-Oberleitungen für Lkws installiert werden, damit auch ein Teil des Schwerlastverkehrs elektrifiziert werden kann. Außerdem sind umfangreiche Importe synthetischer, klimaneutral hergestellter Kraftstoffe aus Ländern mit günstigeren Bedingungen für erneuerbareEnergien nötig. Und an Rinder müssen in großem Stil Pillen verfüttert werden, die die Methan-Emissionen der Tiere reduzieren.

Bereits 95 Prozent bedeuteten de facto eine Senkung der Emissionen in den meisten Sektoren auf null, sagt Philipp Gerbert von BCG, einer der federführenden Autoren der "Klimapfade"-Studie. "Um unter dem Strich klimaneutral zu werden, sind Maßnahmen mit negativen Emissionen nötig", sagt Gerbert. Dahinter steckt folgende Überlegung: Da es in der Industrie und auch in der Landwirtschaft Treibhausgasemissionen geben wird, die sich nicht komplett auf null reduzieren lassen, muss an

anderer Stelle mehr geschehen: CO2 muss der Atmosphäre entzogen und unterirdisch gespeichert werden.

"Wenn man das Ziel der Klimaneutralität ernst nimmt, kommt man an negativen Emissionen nicht vorbei", sagte SWP-Experte Geden. Systematische Aufforstung kann dabei nach Gedens Überzeugung "einen wertvollen Beitrag leisten". Sie markiere aber nur den Anfang der Bemühungen. "Denn irgendwann wird man Probleme mit der Flächenerschließung bekommen. Mögen Aufforstungsprogramme auch noch so populär sein, politisch sind sie dennoch schwierig durchzusetzen", warnt er. Nutzungskonflikte mit Landeigentümern seien kaum vermeidbar.

Geden ist wie viele andere Experten der Überzeugung, dass es zusätzlicher Maßnahmen bedarf: "Man könnte der Luft direkt mittels technischer Verfahren CO2 entziehen. Dieses Verfahren, im Fachjargon Direct Air Capture genannt, ist aber nur sinnvoll, wenn man das eingefangene CO2 unterirdisch speichern kann. Erst dann kann man von negativen Emissionen sprechen", erklärt er.

Politisch ist das hochumstritten. Die Versuche der Politik, einen brauchbaren Rechtsrahmen für die unterirdische Speicherung von CO2 zu schaffen, sind bislang an massiven Akzeptanzproblemen gescheitert.

Trotz der vielen Unwägbarkeiten und kaum abschätzbaren Kosten, die der Weg zur Klimaneutralität mit sich bringen wird, warnt BCG-Experte Gerbert davor, die Flinte ins Korn zu werfen. "Statt über die letzten Prozentpunkte zu diskutieren, sollten wir jetzt mit den dringenden Weichenstellungen beginnen. Dazu zählen unter anderem der Netzausbau, die energetische Gebäudesanierung und ein schnellerer Umstieg auf E-Mobilität", rät Gerbert. "Wenn wir schnell und abgestimmt handeln, können wir diese große Aufgabe sogar mit einem positiven Effekt auf die Gesamtwirtschaft bewältigen", sagt er.

Kommentar Seite 14

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

95 Prozent Emissionsreduktionen wären an der Grenze technischer Machbarkeit und

gesellschaftlicher Akzeptanz. Quelle: BCG, Prognos.

Zwischen einer Emissionsreduktion von 95 Prozent und Klimaneutralität klaffen

Welten. Oliver Geden

Stiftung Wissenschaft und Politik

Stratmann, Klaus



Quelle: Handelsblatt print: Nr. 150 vom 07.08.2019 Seite 006

Ressort: Wirtschaft & Politik

**Dokumentnummer:** 9A3D2489-6D10-430F-A3AA-78BD8F260BAA

## Dauerhafte Adresse des Dokuments:

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH